

Das waren keine guten Tage für den Bundeswehr-General und vormaligen General der Nazivermacht Hans Speidel. Nachdem er ein halbes Jahr zuvor zum Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa avanciert war, besuchte er am 8. und 9. Oktober 1957 mit einer Delegation des westlichen Militärbündnisses Dänemark und Norwegen – und erlebte sein blaues Wunder. Vor dem Hotel, in dem Speidel während seines Aufenthalts in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen untergebracht war, versammelten sich am 8. Oktober Demonstranten, die immer wieder »Hans go home!« riefen. Einige der Protestierenden hielten an einem Mast auf der Dachterrasse des Gebäudes eine Hakenkreuzflagge, die die eilig herbeigerufenen Hotelangestellten nur entfernen konnten, indem sie den Mast absägten: Die Fahnenstange war mit Schmierseife eingerieben worden.

Als Speidel tags darauf nach Oslo weiterreiste, wurde es für ihn noch ungemütlicher. Die norwegische Tageszeitung *Dagbladet* betitelte ihre Ausgabe vom 9. Oktober mit der Schlagzeile »Spar oss for Speidel« (»Erspar uns Speidel«) und verwies darauf, dass die Verbrechen der Nazis unvergessen seien. Am Flughafen der norwegischen Hauptstadt versammelten sich zahlreiche Demonstranten mit Transparenten, auf denen Parolen wie »Hinaus mit dem Nazigeneral« zu lesen waren. Um Zusammenstöße mit den Protestierenden zu vermeiden, wurde die Maschine der NATO-Delegation auf einen 60 Kilometer entfernten Militärflugplatz umgeleitet, was die Antifaschisten jedoch nicht von weiteren Aktionen abhalten konnte: Zur ursprünglich angekündigten Ankunftszeit Speidels standen in Oslo die öffentlichen Verkehrsmittel für zwei Minuten still; in etlichen Betrieben legten die Beschäftigten kurzzeitig die Arbeit nieder.

Verhöhnung der Opfer

Am Abend des 9. Oktober schließlich beteiligten sich mehrere tausend Menschen an einem Protestmarsch durch die Osloer Innenstadt, unter ihnen etliche, die während der deutschen Besatzungsherrschaft in Norwegen zwischen 1940 und 1945 in den Konzentrationslagern des »Dritten Reiches« inhaftiert waren. In einer auf der Abschlusskundgebung vor dem Parlamentsgebäude verabschiedeten Resolution forderten sie die norwegische Regierung auf, künftig keine Besuche von Nazimilitärs mehr zu gestatten, da solche Visiten eine »Verhöhnung der Opfer des Nazismus« seien. Dem Historiker Dirk Levens zufolge war die »negative Stimmung beim Speidel-Besuch« nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die BRD in »äußerst zähen und langwierigen bilateralen Verhandlungen« versuchte, die Entschädigungszahlungen für die in der Besatzungszeit von Deutschen an Norwegern begangenen Verbrechen möglichst gering zu halten.



Protest gegen den Besuch von Hans Speidel am 6.6.1963 in London

»Hans go home!«

Vor 60 Jahren besuchte der Wehrmachtsgeneral Hans Speidel als Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Kopenhagen und Oslo. Man empfing ihn mit Protest. **Von Peer Heintel**

Aber nicht nur in Norwegen und Dänemark sah sich Speidel mit harscher Ablehnung konfrontiert. Als er 1962 den damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) bei einem Staatsbesuch in Frankreich begleitete, weigerte sich der seinerzeitige französische Präsident Charles de Gaulle demonstrativ, ihm die Hand zu geben. Außerdem war de Gaulle nicht bereit, einen im Zuge der westdeutschen Remilitarisierung reaktivierten Nazioffizier an der Spitze von NATO-Truppen zu akzeptieren; 1963 setzte er die vorzeitige Entlassung Speidels aus den Diensten der Militärallianz durch.

Dies ist nur allzu verständlich, hatte Speidel doch erst zwei Jahre zuvor in Frankreich eine breite Blutspur hinterlassen. Der Berufssoldat war nach der Teilkapitation des Landes durch deutsche Truppen im Sommer 1940 zum Stabschef des Militärbefehlshabers in Frankreich avanciert und in dieser Funktion maßgeblich für die Exekution des deutschen Besatzungsterrors gegen die französische Zivilbevölkerung verantwortlich. So heißt es etwa in einem am 28. Februar 1942 von Speidel verfassten Bericht für das Oberkommando der Wehrmacht: »In Rouen wurden umfangreiche Razzien gegen Kommunisten und Juden durchgeführt, die zu zahlreichen Verhaftungen führten. In Zusammenhang mit den Maßnahmen (...) wurde für das gesamte besetzte Gebiet die

Überführung von 1.000 Kommunisten und Juden in deutsche Haft angeordnet. Diese sind zur Deportation nach dem Osten bereitgestellt.« »Deportation nach dem Osten« war zu diesem Zeitpunkt eine bei deutschen Behörden gängige Tarnbezeichnung für den Transport in die Konzentrations- und Vernichtungslager.

Nazi macht Karriere

Ab März 1942 setzte Speidel seine mörderische Tätigkeit zwei Jahre lang in der Sowjetunion fort. Laut dem 1965 in der DDR erschienenen »Braunbuch« gehörte er zu den »Hauptplanern und Vollstreckern der Taktik der verbrannten Erde«, mit der die Wehrmacht weite Teile des Landes in »tote Zonen« verwandelte. Der hierin zum Ausdruck kommende eliminatorische Antikommunismus war in Westdeutschland schon bald nach Kriegsende wieder so gefragt, dass Speidel und andere Nazigeneräle der Adenauer-Regierung die Bedingungen für den politisch erwünschten Aufbau einer »neuen Wehrmacht« regelrecht diktierten konnten. In ihrer »Himmeroder Denkschrift« vom Oktober 1950 forderten sie unter anderem die »Freilassung der als »Kriegsverbrecher« verurteilten Deutschen«, die »Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seiner-

zeit eingesetzten Waffen-SS)« und die Einleitung entsprechender »Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland«.

In der Folgezeit machte Speidel dann noch einmal richtig Karriere – zunächst im »Amt Blank«, ab 1955 im daraus hervorgegangenen Bundesverteidigungsministerium und schließlich bei der NATO. Als er 1964 in den Ruhestand verabschiedet wurde, zollte ihm die westdeutsche Militaristszene in ihrem Organ *Wehrkunde* Respekt. Speidel habe die Vorstellungen des westlichen Militärbündnisses »entscheidend« im Sinne einer »Vorwärtsstrategie« beeinflusst, hieß es. Diese unterstellte der Sowjetunion und ihren Verbündeten die Planung eines Angriffs auf die BRD und sah im »Verteidigungsfall« eine sofortige »Gegenoffensive« mit Atomwaffen vor.

Noch 1997 wurde die Eichelbergkaserne im baden-württembergischen Bruchsal feierlich nach Speidel benannt. Erst unlängst ließ Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ihren Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Brauksiepe (CDU) mitteilen, eine Namensänderung stehe nicht zur Debatte, handle es sich bei Speidel doch »unzweifelhaft« um »einen besonders verdienten Angehörigen der Aufbau- generation der Bundeswehr«. Wie vor 60 Jahren ist offenbar auch heute eine gewisse Militanz vonnöten, um den Kriegsverbrecher öffentlich zu entehren.

■ Nicht begriffen, nichts gelernt

Von Hitler bis Adenauer hat sich die Struktur Westdeutschlands kaum verändert. Die gleichen Gruppen und in den meisten Fällen auch die gleichen Männer haben heute wie gestern alle Schlüsselpositionen inne. Man möchte uns dieses Deutschland Adenauers mit einem anderen Gesicht als Hitlerdeutschland präsentieren, aber was man uns darbietet, ist nur ein äußerer

Schein: Die Kriegsverbrecher sind aus den Gefängnissen entlassen worden, nach und nach sind sie »wieder aufgetaucht«, und heute begnügen sie sich nicht mehr damit, laut zu reden, sondern sie kommandieren! (...) Sie haben nichts begriffen, sie haben nichts gelernt. Sie haben den Geist der Bismarckschen, der Hitlerschen Generäle gewahrt, und sie lehren danach!

Können wir zulassen, dass die Söhne unserer Widerstandskämpfer, der Internierten, der Deportierten dem Befehl ähnlicher Rohlinge unterstellt werden? Sollen wir Vertreter einer Welt der Ergebnisheit geworden sein, die, ohne Empörung im Geist oder im Körper, das Gesetz der Gewalttat und des Schreckens hinnehmen? Nein! Wir können nicht zulassen, dass unsere Söhne gezwungen werden, den

Befehlen eines Hitlergenerals zu gehorchen ...

■ Der französische Widerstandskämpfer Colonel Frédéric Henri Manhès, der 1944 ins KZ Buchenwald deportiert wurde, auf die Frage, was er davon hatte, dass der vormalige Nazigeneral Hans Speidel das Kommando über die mitteleuropäischen NATO-Streitkräfte übernehmen soll (*Neues Deutschland* vom 22. Januar 1957)